

Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 292

Werner Remmers

Was kann Politik leisten?

J.P. BACHEM VERLAG

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ will der Information und Orientierung dienen. Sie behandelt aktuelle Fragen u. a. aus folgenden Bereichen:

Kirche, Gesellschaft und Politik

Staat, Recht und Demokratie

Wirtschaft und soziale Ordnung

Ehe und Familie

Bioethik, Gentechnik und Ökologie

Europa, Entwicklung, Frieden

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

Bestellungen

sind zu richten an:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Brandenberger Straße 33

41065 Mönchengladbach

Tel. 0 21 61 / 8 15 96-0 · Fax 0 21 61 / 8 15 96-21

Internet: <http://www.ksz.de>

E-mail: kige@ksz.de

Ein Prospekt der lieferbaren Titel sowie ein Registerheft (Hefte Nr. 1–250) können angefordert werden.

Redaktion:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Mönchengladbach

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

2002

© J. P. Bachem Verlag GmbH, Köln

ISBN 3-7616-1564-7

Politiker haben einen schlechten Ruf. Manche nehmen dies mit gewisser Schadenfreude zur Kenntnis. Eine solche Haltung hilft uns aber nicht weiter, sondern verdirbt die Politik und mindert außerdem die Bereitschaft bei Männern und Frauen, sich dieser schwierigen Aufgabe anzunehmen. Denn Politik ist nicht ein Sonntagsvergnügen weniger Privatleute, sondern ein höchst schwieriges Wirken im Interesse des Gemeinwohls. Wir alle sind darauf angewiesen, daß wir Männer und Frauen finden, die sich dieser schwierigen Aufgabe annehmen. Es ist deshalb notwendig, einige Überlegungen anzustellen zu der Frage: „Was ist überhaupt Politik und was kann Politik leisten?“ Denn wer mehr verlangt, als überhaupt geleistet werden kann, darf sich nicht darüber wundern, daß die Politik und die Politiker so schlecht beurteilt werden.

Politik ist institutionalisierter Streit

Wir alle dürfen uns von dem Streit in der Politik nicht abstoßen lassen. Ohne Streit gibt es keine Politik, jedenfalls nicht in einem demokratisch gestalteten Staatswesen. Natürlich wird in der Politik auch unnötig gestritten, zu lange gestritten (anstatt sich endlich zu entscheiden). Ich kritisiere auch, daß mancher Streit, der in der Demokratie sein muß, bis zur Unversöhnlichkeit der Politiker untereinander vertieft wird. Das sollte nicht sein. Politiker müssen sich als Demokraten streiten, aber der Streit muß immer so geführt werden, daß danach eine gemeinsame, für das Wohl des Ganzen wirksame Lösung gefunden wird. Es geht darum, sich zu verständigen, zu koalieren und dementsprechend auch gemeinsam zu regieren und selbst aus der Rolle der Opposition heraus gute Entscheidungen, auch wenn sie Kompromisse sind, nicht einfach zu blockieren.

So sage ich, Politik ist institutionalisierter Streit. Denn das Wesen der Demokratie besteht ja gerade darin, daß keiner von uns für sich alleine die Wahrheit oder das Wissen um die richtige Lösung beanspruchen kann. Das wäre dann die Übergabe der Entscheidungsmacht an den starken Mann oder an den Weisen. Daß das nicht geht, sollten wir zu genüge erfahren haben. Wir müssen begreifen, daß wir uns nicht einig sind. Die Demokratie besteht nun gerade darin, Entscheidungen zu ermöglichen, obwohl wir uns nicht einig sind. Deshalb haben wir uns die Spielregeln gegeben: wir wählen, wir schaffen repräsentative Gremien, die wir Parlamente nennen, und diese sollen mit den jeweiligen Mehrheiten entscheiden und dafür sorgen, daß wir trotz aller unterschiedli-

chen Meinungen regiert werden, daß Entscheiden und Regieren ermöglicht wird (und nicht verhindert wird).

Politik in der Demokratie

Demokratie bedeutet nicht, auf Entscheiden und Regieren zu verzichten, sondern bedeutet Entscheiden und Regieren für einen bestimmten Zeitraum unter Kontrolle zu ermöglichen. Die Politik bringt sich auch gerade dadurch in Verruf, daß nicht schnell genug entschieden wird. Politikverdrossenheit hat auch hier oft ihre Ursachen.

Das Starren auf Stimmungen, das Fixiert sein auf demoskopische Umfrageergebnisse führt dazu, daß das politisch Erforderliche und sachlich Gebotene vernachlässigt wird oder nicht zustande kommt. Viele Politiker haben heute mehr Angst vor Stimmungen und Meinungen in der Bevölkerung, als einer gerade für das Volk hilfreichen Politik dienlich ist. Die Politikerinnen und Politiker müssen jedoch den Mut haben, für das, was sie für richtig halten, einzutreten, auch wenn tatsächlich oder vermeintlich die Stimmung der Wählerschaft dagegen ist. Nicht derjenige ist der bessere Politiker, der nur das tut, wofür es schon eine Mehrheit gibt. Mutig und um Mehrheiten für eine Sache zu kämpfen, von der man überzeugt ist, auch wenn die öffentliche Meinung im Augenblick dagegen ist, ist das Gebot der Politik. Ein solches Verhalten ist notwendig und wird letztlich auch von den Wählerinnen und Wählern honoriert.

Politik besteht also gerade darin zu entscheiden, wenn man keine letzte Sicherheit hat. In einer solchen Situation zu sagen, ich entscheide mich nicht, ist falsch. Man verharrt theoretisch in einer Haltung der Unentschiedenheit, die sich nicht festlegen will, und glaubt, dadurch einer Entscheidung zu entgehen, obwohl dies in Wirklichkeit nicht der Fall ist. Auch eine Weigerung, sich zu entscheiden, ist eine Entscheidung, und zwar ganz gewiß nicht die beste.

Man muß auch dann noch Politik machen, wenn man sich nicht oder nicht ganz, sondern nur teilweise durchsetzen kann. Ein Kompromiß ist in der Demokratie zwingend erforderlich. Er ist unverzichtbar, er ist geradezu eine Tugend. Die Demokratie und die Politik geraten in die Gefahr der Politikunfähigkeit, wenn nicht mehr entschieden wird. Wir brauchen Mut zum Handeln und zum Entscheiden. Oft bin ich als Politiker gefragt worden: Sind Sie sich denn ganz sicher? Wenn ich dann zu

offen eine Unsicherheit bekannt hätte, die es natürlich auch immer bei mir gab, wäre wahrscheinlich die Antwort gewesen: Dann lassen Sie es doch. Und ich dachte an den damaligen Oberbürgermeister Rommel aus Stuttgart, der einmal formulierte: „Nachdem in den Diktaturen alles möglich war, meinen manche, die Demokratie sei erst richtig verwirklicht, wenn nichts mehr möglich ist.“

Denn es stimmt ja, daß es heute wirklich leichter ist, etwas zu verhindern als etwas zu tun. Wenn man aber nicht ganz sicher sei und Angst habe, dann solle man keine Entscheidung treffen. Es gibt in Amerika eine Agitationsparole, die genau diese Haltung zum Ausdruck bringt. Die Parole lautet: „Confused? Many are. Play safe. When in doubt vote no.“ Also mit anderen Worten: „Bist du unsicher? Geh ganz vorsichtig ran. Wenn im Zweifel, votiere mit nein.“ Dies bedeutet ein Verzicht auf Entscheidungen, wenn nicht jeder Zweifel ausgeschlossen ist.

In der Umweltpolitik z. B. wirken die heute nicht getroffenen und nicht durchgesetzten Entscheidungen wie Altlasten von morgen. Und das Warten auf die noch besseren Lösungen in der Zukunft bewirkt, daß die vielleicht nicht ganz vollkommenen, aber durchaus akzeptablen Lösungen für heute nicht umgesetzt werden. Wenn man mich fragt, bist du ganz sicher? Dann sage ich: Nein, ganz sicher bin ich nie, aber ich bin ganz sicher, daß der Verzicht auf eine nach gründlicher Abwägung getroffene Entscheidung das größere Risiko ist. Im Zusammenhang mit der Entscheidung, die belastete Molke bei uns im Emsland zu reinigen, haben wir ein Beispiel erlebt, daß ein Nicht-Problem ein solches Problem werden konnte und der Staat fast an den Rand der Lächerlichkeit geführt wurde. Es stellt sich die Frage, ob wir überhaupt noch bereit sind, einem Kompromiß zuzustimmen. Gelingt es uns noch, politisch handlungsfähig zu bleiben? Wir kommen also an Kompromissen nicht vorbei. Wer zu allen Fragen, so wichtig sie auch sind, immer gleich meint, hier werde über Heil und Unheil, Leben oder Tod entschieden, der gibt sinnvolles politisches Handeln in der Politik als Möglichkeit überhaupt auf. Und hier sehe ich Gefahren.

Warum ist die Politik schwerer geworden?

In der Zeit vor der sogenannten Wende las ich an der Wand eines hannoverschen Hauses den Satz eines Sprayers: „Ihr kommt ja alle nicht mehr klar“. Das „a“ von alle war groß geschrieben, und zwar in der Form des Anarchiezeichens.

Mir ist dieser Satz damals in die Glieder gefahren. Es war Mitte der 80er Jahre, und ich war Umweltminister in Niedersachsen mit bereits 10 Jahren Regierungserfahrung. Meine Erfahrung hatte mich gelehrt, daß jene arrogante Machbarkeitsattitüde, mit der die jeweiligen Oppositionsparteien um die Regierungsübernahme werben, lächerlich und politisch gefährlich ist. Auf Wahlplakaten war zu lesen gewesen: „Schluß jetzt, wir machen's.“ Was mich an den dummen Spruch erinnerte, der in manchen Büros hängt: „Unmögliches wird sofort erledigt, Wunder dauern etwas länger.“

Daß damals schon von Parteien- und Politikverdrossenheit gesprochen wurde, war nicht nur auf das Fehlverhalten einzelner Politiker zurückzuführen, sondern war auch eine Reaktion auf dieses Machbarkeitsgehabe: „Wir bekommen das schon in den Griff.“ Nur nicht zugeben, daß die wirklich großen Herausforderungen und Probleme unserer Zeit wirklich nicht leicht zu lösen sind. Schon in den 80er Jahren, also vor der Wende, lauteten die Vortragsthemen: „Ist die Politik in der Demokratie gefährdet?“, „Was ist zu tun gegen Politik- und Parteienverdrossenheit?“, „Was kann Politik eigentlich leisten?“, „Sind wir mit der Politik am Ende?“

1989 hatte ich noch gehofft, daß der Ruf der Bürgerinnen und Bürger in der DDR nach Freiheit und Demokratie und nach einer Politik unter den Bedingungen eines demokratisch verfaßten Staates den Bürgerinnen und Bürgern in der alten Bundesrepublik neu deutlich machen würde, welchen Wert ein demokratischer Staat hat, trotz aller Schwierigkeiten und Unvollkommenheiten. Ich hatte wirklich gehofft, daß wir in der alten Bundesrepublik neu die Möglichkeiten der Politik einschließlich der Möglichkeit der Arbeit in den Parteien schätzen lernen würden.

Aber die Vereinigung und die Freude darüber wurde alsbald getrübt durch falsche und überzogene Erwartungen und überlagert durch leichtfertige Versprechungen. Die falschen Erwartungen waren gekennzeichnet von der Vorstellung, als brauche nur die DM und das Grundgesetz eingeführt zu werden, und schon scheine nur noch die Wohlstandssonne. Das war eine geradezu utopische Vorstellung. Die Folge solcher Fehleinschätzungen in Verbindung mit falschen, geradezu utopischen Erwartungen ist immer, daß die konkrete Politik mit ihren Möglichkeiten in Verruf gerät. Hinzu kommt, daß der ganz normale Arbeitsalltag der Politik mehr mit der Arbeit eines mal besseren oder mal schlechteren Restaurants bei der Speisevorbereitung zu vergleichen ist. Ob man sich

beim unmittelbaren Zuschauen der Essensvorbereitung, etwa beim Ausnehmen des Hasens oder bei der Zusammenfügung der Fischreste für die Fischsuppe Appetit holt, ist ja noch eine zusätzliche Frage, weshalb es ja auch heißt: Politik ist wie Fischsuppe, beim Machen sollte man nicht zuschauen.

Daß die Politik schwieriger geworden ist, vermag man auch an manchem Aktionismus erkennen. Es beruhigt die aufgebrauchte Bevölkerung und nimmt den Druck von den Politikern, wenn irgend etwas getan wird. Ob dieses Handeln wirklich problemlösend und zielgerichtet ist, bleibt dahingestellt. Mark Twain bringt sich in Erinnerung mit dem Satz: „Nachdem sie ihr Ziel aus den Augen verloren hatten, verdoppelten sie ihre Anstrengungen.“

Offen sagen, was Politik kann und was nicht

Wird die Politik und werden die handelnden Personen in der Politik nicht überfordert? Gehen die Bürger eigentlich mit einem real leistbaren Anforderungsprofil an die Politikerinnen und Politiker heran? Meine Antwort lautet: nein.

Wir müssen uns darum bemühen, zu einer nüchternen Einschätzung der Möglichkeiten zu kommen, die politisches Handeln überhaupt hat. Den Bürgerinnen und Bürgern müssen wir sagen, daß ein Teil der Enttäuschung über Politik und Demokratie von zu hohen Erwartungen herührt. Es wird manchmal gesagt, daß die Deutschen, die noch gar nicht so lange mit der Demokratie Erfahrungen gemacht haben, nicht sonderlich politisch begabt sind. Wir schätzen die Möglichkeiten der Politik falsch ein, denn perfektionistische Sollforderungen bewirken Realitätsvermischung.

Der frühere italienische Botschafter Ferraris hat schon vor langer Zeit in einer Gastkolumne für die FAZ geschrieben, den Deutschen fehle eine gewisse Distanz, eine Distanz, die Gelassenheit vermittele. Wörtlich schreibt er: „Die Probleme der Menschheit lassen sich nur langsam lösen, sofern sie nicht sogar unlösbar sind. Die Deutschen hingegen sind grundsätzlich davon überzeugt, daß der Wille genügt, und wie durch Zauberei jede Hürde zu nehmen sei.“

Politik verkümmert zum Wettbewerb der Forderungen. Aber wegfordern lassen sich die Probleme nicht und das Weghandeln ist unendlich müh-

selig, braucht Zeit, geht auch nicht einfach von oben und stößt an Grenzen.

Weithin herrscht die Einschätzung vor, die Politiker brauchten sich nur vernünftig anzustellen und die richtigen Entscheidungen zu treffen, dann könnten sie alle Probleme schnellstens lösen. Dabei weiß jeder, der einigermaßen in Ruhe seinen Verstand anstrengt, daß weder die Umweltprobleme noch die Arbeitslosigkeit noch die Probleme unseres Gesundheitssystems einfach zu bewältigen sind. Mit einer Tribünenmentalität betrachtet man die Abläufe auf dem politischen Spielfeld und meint, durch einige Entscheidungen ließe sich alles bewältigen, ohne daß wir unser Leben ändern müssen. Aber in Wahrheit werden wir unter Beteiligung aller darüber nachdenken müssen, wie wir denn leben wollen.

Kritisch uns selber fragen, wie wir leben wollen

Wir haben lange geglaubt, auf der aufsteigenden Linie des Fortschritts alles machen und alles besser machen zu können.

Aber unser Fortschrittsglaube hat einen Knacks bekommen. Die Folgen von dem, was wir hier machen, und noch mehr die nicht bedachten Nebenfolgen unseres Machens, bereiten uns Sorgen. Viele Probleme, die wir heute haben und mit denen wir uns herumschlagen, sind Folgen unseres eigenen Machens. Der Mensch hat sein Schicksal in die Hand genommen, und nun geraten wir immer mehr unter die Auswirkungen unseres eigenen Machens. Der Philosoph Odo Marquardt hat formuliert „Wir sind vom Schicksal ins Machsall geraten“.

Das ist nicht nur bei der Belastung unseres Wassers so oder beim Müll oder beim Straßenverkehr, sondern auch hinsichtlich der Folgen unseres persönlichen sozialen Verhaltens. Die häufig anzutreffende defizitäre Struktur unserer Ehen und Familien bringt Probleme mit sich, die sich bei der Erziehung, in der Schule, im sozialen Verhalten überhaupt auswirken. Die Probleme werden dann allzu schnell bei der Politik abgeladen, aber die sozialen Probleme lassen sich nicht so einfach wegorganisieren, wie das Heer von Schulpsychologen, Beratern und Therapeuten zeigt. Es müßte doch wenigstens gefragt werden dürfen, wie es um die Ursachen steht, wenn die Kinder immer nervöser, unkonzentrierter, verhaltensauffälliger und vielleicht sogar gewaltbereiter werden. „Mein Mann und ich“, so sagte eine aufgebrachte Mutter, „haben wenig Zeit, uns um unsere Kinder zu kümmern, da sollte man doch wenigstens von

der Schule erwarten können, daß die Kinder richtig erzogen werden.“ Ich habe dieser Mutter energisch widersprochen, denn in Wahrheit ist es doch so, daß aus den Kindern nur dann etwas werden kann, wenn die Erziehung im Elternhaus beginnt.

Wir haben verlernt, mit der Endlichkeit zu leben

Wie wenig gelassen die Bürger mit der Politik umgehen, ist auch daran zu erkennen, daß grundsätzlicher Zweifel aufkommt gegenüber unserer Form demokratischer Politik, wenn nicht alle Probleme gleich bewältigt werden. Politik ist aber nicht das Heil und kann das Heil nicht machen. Mich bewegt dies als Christ in der Politik besonders, weil daran immer mehr zu erkennen ist, wie schwer es den Menschen fällt, mit der Endlichkeit und Begrenztheit der Welt zu leben, wenn kein Bezug zur Transzendenz zur Verfügung steht, wenn Gott nicht vorkommt. Der eben schon zitierte Odo Marquardt hat geschrieben: „Wenn die Stelle Gottes vakant wird, wird es für den Menschen schwer, Mensch zu bleiben.“

Als Prof. Richard Löwenthal aus Berlin noch lebte, hatte ich kurz vor seinem Tod Gelegenheit, mit ihm persönlich zu sprechen und er sagte: „Ich bin ein ungläubiger Jude, mir steht so etwas wie Transzendenz nicht zur Verfügung.“ Und dann sagte er: „Gerade wenn das so ist, muß man sich mutig auf die Welt einlassen in ihrer Endlichkeit, wie sie ist.“ Und er fügte noch hinzu: „Das Schlimme an unserer Zeit ist, daß man Transzendenz und Gottes Glaube ablehnt, keinen Zugang dazu hat, aber dennoch beschimpft man die Welt, weil sie endlich ist.“

Wenn ich die Endlichkeit nicht wirklich anerkenne, darf ich die Welt nicht beschimpfen, weil sie endlich ist. Wir müssen also so oder so die Begrenztheit der Welt akzeptieren und damit auch unvollkommene Politik. Man kann eben nicht einerseits den Versuch machen, ohne Gott auszukommen und dann doch wieder innerweltlich unendliche Erwartungen an den Staat, an die Gesellschaft und an die Politiker richten.

„Sollens-Hypertrophie bewirkt Seins-Vermiesung“ habe ich einmal gelesen. So ist es auch in der Politik. Politiker versprechen oft mehr, als sie halten können, das ist richtig. Bei vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern gilt leider derjenige als der wahre Volksvertreter, der sich mit der kämpferischen Formulierung und kompromißlosesten Forderung scheinbar zum Anwalt der Bürger macht. Aber wir alle dürfen auch nicht mehr

verlangen, als die Politiker leisten können. Auch das Auswechseln einer Mannschaft bei einer Wahl bewirkt keine Wunder, denn bei den Lösungsmöglichkeiten gibt es Grenzen, die in der Sache liegen. Ich selbst habe erfahren, wie mühselig das Regieren ist, wie wenig wirklich freier Handlungsspielraum sich bot. In keiner Situation ist es für eine Regierung, auch wenn sie neu ins Amt kommt, möglich, sich eine künstliche Stunde Null zu schaffen. Wenn Politiker ein Problem nicht lösen können, heißt das nicht sogleich, sie hätten versagt.

Wir wurden durch die Probleme mit der Entsorgung der abgebrannten Brennstäbe auf Grenzen aufmerksam gemacht, die sich bisher als unüberwindbar erwiesen haben. Als Umweltminister wurde ich oft gefragt: „Können sie uns bestätigen, daß die Salzstöcke in Gorleben für Kernenergieabfälle sicher sind? Bitte geben sie uns eine kurze Antwort mit ja oder nein.“ Meine Antwort konnte nur lauten: „Die einfachen Antworten sind in der Regel nicht wahr und die wahren Antworten sind nicht einfach.“ Daran sieht man, daß schon bei der Beschreibung der Probleme Grenzen auftreten. Sich nun in der Politik wechselseitig vorzuwerfen, die andere politische Seite habe z. B. in der Entsorgungspolitik versagt, bringt uns nicht weiter. Dieser Vorwurf ist eigentlich sogar unwahrhaftig, denn die Schwierigkeiten bei der Erreichung einer Lösung sind oft in der Sache begründet und nicht immer im Verhalten der Politiker. Die Grenzen der Lösungsmöglichkeiten müssen also anerkannt werden. Ähnlich ist es übrigens bei der Arbeitsmarktpolitik. Man wirft sich gegenseitig Versagen vor, in Wahrheit weiß niemand genau, wie die Arbeitslosigkeit überwunden werden kann. Wer einfach auf Wirtschaftswachstum setzt, muß eigentlich zugeben, daß im internationalen Maßstab auch Wirtschaftswachstum keine Lösung ist, denn wir wissen längst, daß wir mit der Energienutzung an Grenzen gestoßen sind und daß wir unsere Energienutzung nicht auf die Länder der 3. Welt übertragen können, wenn wir unsere Umweltpolitik ehrlich vertreten wollen.

Hinter solchen Überlegungen vermuten manche eine neue Form der Jenseitsvertröstung. Das ist aber nicht gemeint. Es ist die Suche nach dem Punkt im Spannungsfeld zwischen den beiden Fluchtbewegungen, nämlich einerseits Jenseitsvertröstung oder andererseits auch Diesseitsverkrampfung. Gerade für engagierte Christen in der Politik müßte es ein Ziel sein, den Überhang an Erwartungen an Staat und Politik in diesem Sinne abzubauen. Die Christen in allen Parteien haben dabei eine besondere Verantwortung.

Alles Scheitern nicht auf die Gesellschaft projizieren

Schuldbewußtsein und Verantwortung hinaus zu projizieren und auf die Gesellschaft zu schieben ist ein moderner Trick, der zu Überforderung von Staat, Politik und Gesellschaft führt. Es besteht die Neigung, Erfolge zu privatisieren und Mißerfolge zu sozialisieren, also auf Gesellschaft und Politik abzuschieben.

Kolakowski, der polnische Philosoph beschreibt dieses Hinausprojizieren auf die Gesellschaft und sagt: „Der Kern unseres Weltbildes läßt sich so zusammenfassen: Du bist vollkommen, ich bin vollkommen, ein jeder von uns separat ist vollkommen, aber die Gesellschaft ist entsetzlich.“ Für die Erziehung heißt dies übrigens, daß alles Schwere, Anstrengende und Belastende nicht vorrangig zum Gegenstand der Wegarbeitung erklärt werden darf. Wir Menschen können nur leben, wenn wir auch lernen, mit Unvollkommenheiten zu leben, Schweres zu ertragen und eben in dieser Welt zu leben, wie sie ist, und doch das Leben als geglückt anzusehen.

Die Demokratie nicht im Stich lassen

Wenn wir über die Möglichkeiten der Politik, aber auch über die Gefahren für die Politik in der Demokratie nachgedacht haben, sollte sich jetzt keiner beruhigt zurücklehnen und sagen: „So ist es halt mit der Politik und so sind die Politiker eben.“ Die Art und Weise, wie die Politik und insbesondere die Politiker häufig kritisiert werden, und zwar nach dem Motto: Ihr da oben und wir da unten, ermutigt nicht gerade Frauen und Männer, überhaupt in die Politik zu gehen. Bei allen kritischen Erwägungen möchte ich ausdrücklich dazu aufrufen, die Politik in der Demokratie und darin eben wiederum auch die Parteien nicht im Stich zu lassen. Was es hier kritisch zu bedenken gilt, richtet sich nicht an die Politiker und an die Parteien, sondern an uns alle, an alle Wählerinnen und Wähler. Denn wenn die Frage der Sprayschrift an der Wand „Ihr kommt ja alle nicht mehr klar“ einen guten Sinn hat, dann höchstens so, daß wir sagen, wir kommen alle nicht mehr klar. Es gibt in der Demokratie nicht die Politiker und die anderen, denn mindestens mit dem Wahlzettel und mit dem Verbreiten von Stimmungen und Meinungen sind wir alle politisch und sind wir alle Politiker. Wir alle müssen uns also Fragen gefallen lassen und sind zur Nachdenklichkeit und zur Verhaltensänderung aufgefordert. Wir müssen uns einen Spiegel vorhalten,

denn keiner von uns steht der Gesellschaft gegenüber, sondern wir gehören zu dieser Gesellschaft und haben Anteil an den Stimmungen und Erwartungen, aber auch an den Fehlern, die gemacht werden.

Deshalb dürfen wir die Demokratie und die Politik in der Demokratie nicht im Stich zu lassen. Wir haben kein anderes politisches System gewissermaßen wie ein Reserverad im Kofferraum. Mit dieser Demokratie müssen wir unsere Probleme zu bewältigen versuchen. Eine Demokratie ohne Demokraten ist auf die Dauer nicht lebensfähig. Zu wählen ist das Mindeste, was wir als Bürgerinnen und Bürger zur Sicherung der Freiheit und echten Demokratie tun müssen. Eigentlich müßten sehr viel mehr Menschen auf unterschiedliche Art und Weise in der Politik aktiv mittun. Leider gibt es zu viele Bürgerinnen und Bürger, die es gerade noch schaffen, wählen zu gehen. Die weiteren Möglichkeiten, nämlich in demokratischen Parteien mitzuarbeiten, die Kandidatenaufstellung zu beeinflussen, die Programmdiskussion mitzugestalten, diese Möglichkeiten nehmen sie nicht wahr. Sie benehmen sich wie ein Autofahrer, der sich ein Auto mit fünf Vorwärtsgängen kauft und immer nur im ersten Gang fährt. Die weiteren Gänge legen diese Bürgerinnen und Bürger gar nicht ein.

Solidarisch den Sozialstaat erhalten

So wie die Demokratie nur lebendig bleibt und gesichert werden kann, wenn die politische Tribünenmentalität nicht Oberhand gewinnt, so kann unser Zusammenleben als sozialstaatliche Gesellschaft nur glücken, wenn wir solidarisch miteinander umgehen und zum Mittragen einer gemeinwohlorientierten Politik bereit sind.

Die Solidarität wird häufig falsch verstanden. Solidarität heißt, denen zu helfen, die sich selber nicht helfen können. Solidarität heißt aber auch, daß sich diejenigen nicht helfen lassen, die sich selber helfen können.

Heute muß vornehmlich betont werden, daß wir in allen Fragen des gesellschaftlichen Miteinanders und der solidarischen Hilfe nicht an erster Stelle auf den Staat starren. Wenn wir immer nur auf den Staat starren, verlieren wir uns untereinander und gegenseitig aus den Augen und unterschätzen unsere Selbsthilfemöglichkeiten. Nichts geht mehr von oben!

Fast jeder hat heute begriffen, daß unser soziales Sicherungssystem einer Änderung bedarf, weil es so nicht mehr finanzierbar ist, falsche An-

reize schafft und gerade deshalb das Entstehen von wirtschaftlichem Aufschwung mit Beschaffung von Arbeitsplätzen verhindert. Solidarisch den Sozialstaat erhalten heißt heute, mit begrenzten Mitteln das soziale Netz so zu sichern, daß die Schwachen in unserer Gesellschaft wirtschaftliche und soziale Chancen erhalten, am Aufbau unseres Gemeinwesens mitwirken und nicht in Kauf nehmen, daß sie durch ein weiter werdendes soziales Netz fallen. Das geht nur unter zwei Voraussetzungen: Es muß nach dem Maßstab der sozialen Gerechtigkeit neu entschieden werden, wie und wo geholfen werden muß, und gleichzeitig müssen sich einzelne Gruppen neu auf ihre Selbsthilfemöglichkeiten besinnen.

Unser Anreizsystem funktioniert nicht mehr. Man lenkt das Verhalten der Menschen in eine falsche Richtung. Darin besteht ja gerade die Aufgabe der Politik, Bedingungen zu schaffen, Rahmendaten mit Anreizen zu schaffen, wodurch der normale durchschnittliche Bürger dazu gebracht wird, sich einigermaßen richtig zu verhalten. Wenn die Mißbrauchsmöglichkeiten mit entsprechenden Vorteilen den Menschen gewissermaßen unter die Nase gerieben werden, kann man nicht erwarten, daß sie sie nicht auch ausnutzen.

Kürzlich verlangte der Zentralverband des deutschen Handwerks, die Bundesregierung müsse schärfer gegen die Schwarzarbeit, die man ja etwas vornehmer Schattenwirtschaft nennt, vorgehen. Das Ausmaß der Schwarzarbeit habe in den hinter uns liegenden Monaten eine neue Rekordhöhe erreicht, und sie müsse regelrecht bestraft werden. Selbst wenn die Bundesregierung sich dazu entschließen würde, solche Maßnahmen zu ergreifen, müßte sie scheitern. Die Schwarzarbeit ist eine Folge falscher und erstarrter Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft und für die Beschäftigung von Arbeitskräften. Erfolg kann man auf diesem Feld nur haben, wenn man durch Neuschaffung eines Anreizsystems die Schwarzarbeit wieder in die Legalität zurückholt. Ich denke hier an die Plakette, die ich schon vor längerer Zeit gesehen habe, auf der stand: Schwarzarbeitergewerkschaft. Und darunter in großen Buchstaben: BAT. Und darunter wiederum klein erläuternd geschrieben: Bar auf Tatze! Wenn die offizielle vom Handwerksbetrieb abgerechnete Stunde 40 Euro oder mehr kostet, der Nachbar, der Bekannte oder der Nachbar des Bekannten oder dessen Freund dieselbe Arbeit aber für 20 Euro verrichtet, was wiederum dem entspricht, was er bei dem Handwerksmeister, wäre er dort offiziell beschäftigt, auch nur bekäme, so stimmt unser Regelwerk und Anreizsystem nicht mehr.

Ich denke in diesem Zusammenhang nicht an umfangreiche Aktionen, ganze Kolonnen unter rechtswidrigen Bedingungen einzusetzen und alle Gesetze zu umgehen bei gleichzeitigem miserablen sozialen Status der hier insbesondere eingesetzten Ausländer. Derartige Schwarzarbeit ist schlechterdings kriminell und muß sicher auch bekämpft werden. Aber die Schwarzarbeit in der Grauzone der Nachbarschaftshilfe und ihren vielfältigen Formen bekommen wir durch Kriminalisierung nicht in den Griff.

Gerade wenn ich an die Probleme der Gesundheitsreform denke, aber auch an unser gesamtes soziales Sicherungssystem, muß erkennbar sein, was wofür von wem aufgebracht wird. Ebenso muß transparent werden, wer wann wodurch Schaden verursacht, das Gemeinwesen nicht mitträgt oder Kosten auf die Solidarkasse abwälzt, obwohl er sich selber helfen könnte. Nur so kann Solidarität geleistet und spürbar nachvollzogen werden. Nur so kann auch durch größere Durchsichtigkeit dem Mißbrauch sozialer Leistung entgegengewirkt werden, weil dann alle besser begreifen, daß unser soziales Sicherungssystem nicht eine Art soziales Fernwärmenetz ist, bei dem keiner genau weiß, woher die Wärme kommt, wer eigentlich womit heizt, was das alles kostet und wer es letztlich bezahlt, nämlich die Bürgerinnen und Bürger selbst.

Die Möglichkeiten der Politik sind eingeschränkter geworden und die Politik wird nicht nur deshalb schwieriger, weil Politikerinnen und Politiker Fehler machen, sondern auch deshalb, weil die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger abnimmt, Einschränkungen hinzunehmen und Belastungen anteilig zu ertragen. Das Gemeinwohlbewußtsein hat meiner Ansicht nach abgenommen.

Was hält unsere Gesellschaft zusammen?

Es drängt sich dabei die Frage auf, was hält unsere Gesellschaft zusammen? Wie wollen wir miteinander umgehen, was soll der Einzelne für sich alleine regeln und was soll die Gesellschaft und die Politik leisten? Dabei darf nicht vergessen werden, daß alle wiederum selbst die Gesellschaft sind und diesen Staat bilden. Wir sind sehr viel mehr aufeinander angewiesen, als wir uns in der Regel klarmachen. Politik wird immer schwieriger, wenn es keine unangestregte Verständigung darüber gibt, wie wir Einschränkungen und Lasten gerecht untereinander verteilen wollen. Der Sinn für gemeinsame Angelegenheiten muß verstärkt und die privatisierende Nischengesellschaft entlarvt werden. Wenn diese

wichtigen Voraussetzungen nicht in Kopf und Herz der Menschen auch und gerade in einer liberalen pluralistischen Demokratie Allgemeingut werden, laufen wir Gefahr, in eine Situation zu geraten, die Kolakowski so charakterisiert hat: „Wir wünschen Freiheit von Pflichten und völlige Befriedigung, und die Sache der Gesellschaft ist es, uns beides zu verschaffen. Die Gesellschaft ist aber leider identisch mit allen anderen Menschen, und wenn jeder von uns von allen anderen verlangt, daß die ihn von allen Pflichten befreien und alle Pflichten auf sich nehmen, erreicht natürlich niemand das Ziel, und wir sind alle frustriert. Der in unserer Zivilisation verbreitete Infantilismus, der uns dazu neigen läßt, daß wir immer weniger soziale und staatliche Interventionen in unser Privatleben und unsere Geschäfte möchten, gleichzeitig aber mehr und mehr Schutz, mehr und mehr Verantwortung für unser Leben von derselben sozialen Organisation verlangen, ist einer unserer gefährlichsten inneren Feinde.“

Beispiel Ausländerproblematik

Nehmen wir als Beispiel die Ausländerproblematik und die leider häufig auftretende Ausländerfeindlichkeit. Was kann die Regierung, was kann die Politik gegen die Ausländerfeindlichkeit tun? Man macht es sich zu einfach, wenn gefordert wird: Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit – sofort! Bei der Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit gibt es nicht einen Wasserhahn, den die Politiker nur zuzudrehen brauchten. Ausländerfeindlichkeit ist wie Feuchtigkeit, die ins Mauerwerk eingedrungen ist. Unser gesellschaftliches Gebäude von dieser Feuchtigkeit wieder zu befreien, dazu haben die Bürgerinnen und Bürger von unten her mindestens soviel beizutragen, wie der Staat von oben bewirken kann.

Wir alle müssen lernen einzuüben und daraufhin auch zu erziehen, Schweres, Belastendes auch zu ertragen. Ich bin fest davon überzeugt, daß ein Teil unserer heutigen Probleme, mit denen wir uns schwertun, nur deshalb so schwer zu bewältigen sind, weil unser allgemeines gesellschaftliches Bewußtsein und eben auch unsere Politik bestimmt sind von der Erwartung, es ließe sich eine Gesellschaft aufbauen, in der prinzipiell und im Endeffekt alle Lasten vermieden werden könnten, während doch eine soziale und humane Gesellschaft nur zu erreichen ist, wenn wir bei allem Bemühen um Problembewältigung und Verbesserung der Gesellschaft auch bereit sind, Lasten und Unvollkommenheiten und eben auch Leid zu ertragen und ertragen zu helfen. Eine hu-

mane und soziale Gesellschaft wäre ohne den Grundsatz „Einer trage des anderen Last“ nicht lebensfähig.

Was hier eingefordert wird, ist sehr konkret und fängt mitten in unserem ganz normalen Alltag an. Wenn in der letzten Zeit zahlreiche Fälle von Gewaltanwendung gegenüber Schwachen, also Behinderten, oder gegenüber Fremden, also Ausländern, beobachtet werden konnten, so besteht hier ein Zusammenhang zu den eben getroffenen Feststellungen. In dem Maße, wie wir nicht mehr bereit sind, Schwaches, Unvollkommenes, Andersartiges und das heißt häufig eben auch Belastendes zu ertragen, wächst die Neigung, sich dagegen zu wehren, auszugrenzen, sich in seiner vermeintlich heilen eigenen Situation abzuschotten, sich solche Menschen vom Halse zu halten und in letzter Konsequenz dann auch Gewalt anzuwenden.

Zur Person des Verfassers

Dr. Werner Remmers, Minister a. D.; Vorsitzender des Beirats der Katholischen Akademie in Berlin; Präsident des Maximilian-Kolbe-Werkes, Freiburg.